

Wahlprüfsteine der lokalen Agenda 21 zur Kommunalwahl 2025 in Rheda-Wiedenbrück

Fragen an die Parteien und Gruppierungen, die im Rat vertreten sind und hierfür
Kandidatinnen und Kandidaten für Rheda-Wiedenbrück aufstellen

Uns erreichten die Antworten von CDU, Move, Die Grünen, FDP, SPD und Die Linke. Alle im
Rat vertretenden Parteien (Fraktionen und Einzelpersonen) sind angeschrieben worden.

Umwelt und Natur

Grundlegende Position	Auswahl
Umwelt und Natur spielen im innerstädtischen Bereich nur eine untergeordnete Rolle. Naherholungsflächen (Parks etc.) sollen zwar erhalten bleiben, die Bereitstellung von Bau- und Gewerbeflächen hat ansonsten Vorrang. Reglementierungen z.B. von Gärten sollten nur in Ausnahmefällen erfolgen.	
Umwelt und Natur spielen im innerstädtischen Bereich ebenso eine Rolle wie die Bereitstellung von Bau- und Gewerbeflächen. Reglementierungen (z.B. Verbot von Schottergärten) sind durchaus zu erwägen.	  
Die Bereitstellung von neuen Bau- und Gewerbeflächen sollte erst nach eingehender Prüfung (Notwendigkeit) erfolgen und möglichst wenig Auswirkungen auf die Umwelt haben und entsprechende Maßnahmen (z.B. flächensparendes Bauen) sollten unterstützt werden. Reglementierungen (z.B. Verbot von Schottergärten) sind durchaus zu erwägen.	 

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?

Die Linke:

- Erhöhte Förderung des privaten Ausbaus von Klimaschutzmaßnahmen (z. B. „Aktiv für Klimaschutz“)
- Verpflichtende PV-Anlagen auf allen neugebauten Gebäuden
- Prüfung des Baus von PV-Anlagen auf allen bestehenden städtischen Gebäuden
- Drohnenshow statt städtischen Feuerwerks in der Flora
- Privates Feuerwerk verbieten und dafür in den Stadtteilen professionelle Drohnenshow (wenn nicht möglich, dann organisiertes Feuerwerk)
- Auf städtischen Grünflächen und Seitenstreifen verpflichtend Pflanzen zur Förderung der Biodiversität pflanzen

CDU:

- Den Antrag für den Verbot von Schottergärten ist 2019 von der CDU-Fraktion gestellt worden.
- Wir haben ebenfalls die Bürgerinitiative „Kein Klotz“ zum Erhalt des Naherholungsgebietes Bleichstrasse unterstützt und den Bau von Mehrfamilienhäusern verhindern

Die Grünen

Gewebeflächenenerwerb hat etwas mit Stadt - Entwicklung zu tun

- Wir wollen eine endliche Stadtentwicklung. Nicht statisch, aber eine nachhaltige und integrierte Stadt-Umland-Entwicklung.
- Wir sind für wohlüberlegte Gewerbeflächenansiedlung. Als Grundlage sollte dabei aber eine nachhaltige Gesamtkonzeption dienen. Dies unter Berücksichtigung klimarelevanter Aspekte **und** in Anlehnung an die Vorgaben einer modernen Bauleitplanung.

• **Berücksichtigt werden sollten z.B. Standards zur Energieeffizienz der Gebäude, Nutzung erneuerbarer Energien, Energieeinsparung bei der Produktion**, evtl. Kooperationsverträge der Firmen, Beratung +Begleitung der Unternehmen, nachhaltige verkehrliche Maßgaben etc. (siehe auch Abschnitt Soziales und Wirtschaft) GG = Gewerbegebiet

- Allerdings lehnen wir einen dritten Bauabschnitt, eine Erweiterung des GG Aurea ab.
- Was ist hier mit der ÖPNV – Anbindung der BHF von Oelde und Rheda? Was ist mit der Anbindung an das Schienennetz für den Güterverkehr?
- Es besteht hier z.B. kein Hinweis auf verpflichtende ökologische Ausgleichsmaßnahmen, Klimaneutralität oder Nachhaltigkeitsstandards für Neuansiedlungen.
- Was ist mit sozialen und ethischen Leitlinien bei Unternehmens -Ansiedlungen. Apropos Amazon: Hier ist keine einzige Solarpaneele auf ihren riesigen Flachdächern. Ein Industriegebiet dieser Größe ohne Bahnanschluss ist nicht tragbar. Dieser gigantische Flächenfraß ist unter diesen Umständen nicht vertretbar. Eine brutale Flächenversiegelung im Stil des 20. Jahrhunderts – die aus der Zeit gefallen ist

- Und die Frage ist was kommt danach? Wo ist die rote Linie? Abschnitt 4? Eine Ausdehnung bis an den Bergerlar Wald oder an das Literaturmuseum?

- Wo soll es hingehen? Wir bewegen uns auf die 50.000 Einwohnermarke zu.

In den letzten fünf Jahren wurden täglich etwa 10 Hektar unverbauete Fläche mit Straßen oder für Siedlungen bebaut.

- Im Masterplan der Stadt steht: Der Umgang mit endlichen Flächen ist und bleibt eine zentrale Herausforderung der nachhaltigen Stadtentwicklung.
- Neubaugebiete die sich immer auf die Außenflächen, immer mehr am Stadtrand ausbreiten muss Einhaltung geboten werden. Wir sehen hier nur noch Verdichtung bei reichlich vorhandenen Freiflächen bzw. Arrondierung des Stadtgebietes aus der Vogelperspektive.
- Ein Einfaches "Weiter so" darf es nicht geben. Wenn wir heute nicht beginnen, die Grenzen des Wachstums zu definieren, wenn wir nicht beschreiben, wie das Morgen für kommende Generationen aussehen soll, dann wird diese Antwort irgendwann zu spät sein.

SPD

- In Rheda-Wiedenbrück fehlen rund 1.000 Wohnungen. Die SPD möchte das Problem aktiv angehen: Mit einer kommunalen Wohnungsbaugenossenschaft soll die Stadt selbst bauen können – vor allem bezahlbare Wohnungen für Menschen mit kleinerem Einkommen.

- Statt neuer Einfamilienhäuser setzen wir auf moderne Mehrfamilienhäuser. So sparen wir Fläche und schaffen gleichzeitig mehr Wohnraum. Durch vereinfachte Genehmigungen, serielle Bauweisen und klare Abläufe wollen wir schneller und günstiger bauen. Umwelt und Lebensqualität bleiben dabei wichtig: Jede neue Wohnanlage soll Regenwasser versickern lassen, um das Grundwasser zu schützen. Grünflächen mit heimischen Pflanzen sollen für ein gutes Miteinander von Mensch und Natur sorgen.

- Auch bei Gewerbeflächen wollen wir neue Wege gehen. Wir schlagen vor, Flächen mehrstöckig zu nutzen und Wohnen und Arbeiten stärker zu verbinden. Ein Beispiel: In anderen Städten werden Supermärkte um Wohnungen aufgestockt. So entstehen neue Wohnungen, ohne zusätzliche Flächen zu verbrauchen – eine Idee, von der auch Rheda-Wiedenbrück profitieren kann.

FDP

- Wir brauchen in Rheda-Wiedenbrück weiteres Bauland für Wohnen und Gewerbe. Bei der Ausweisung sind Umweltaspekte zu berücksichtigen und es ist auf eine nachhaltige Gestaltung der Baugebiete zu achten. Auch die Aufenthalts- und Lebensqualität sowie eine soziale Durchmischung sollen dabei gefördert werden. Wir setzen uns für neue Wohnformen und die Reduzierung von Stellplätzen ein, um weniger Flächen zu versiegeln.

Klimawandel und CO2 Reduktion

Grundlegende Position	Auswahl
Die Existenz eines Klimawandels oder der Einfluss des Menschen auf einen Klimawandel wird in Frage gestellt. Aus diesem Grund werden keine konkreten Maßnahmen zur CO2-Reduktion in Erwägung gezogen.	
Die Existenz eines menschenverursachten Klimawandels wird nicht in Zweifel gezogen. Die lokalen Möglichkeiten sind allerdings begrenzt und eine CO2-Reduktion sollte nicht im Mittelpunkt der Lokalpolitik stehen. Einzelne Maßnahmen können durchaus unterstützt werden.	FDP
Der menschenverursachte Klimawandel und seine Folgen werden in den nächsten Jahren immer drastischere Folgen mit sich bringen, die auch lokal sichtbar werden (Trockenheit, Baumsterben). Deshalb sollte die Stadt alle Entscheidungen auch bezüglich der Auswirkungen auf das Klima mit in ihrer Entscheidung berücksichtigen und die Klimapolitik als einen zentralen Teil ihrer Lokalpolitik betrachten.	

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?
Die Linke: • Erhöhte Förderung des privaten Ausbaus von Klimaschutzmaßnahmen (z. B. „Aktiv für Klimaschutz“) • Verpflichtende PV-Anlagen auf allen neugebauten Gebäuden • Prüfung des Baus von PV-Anlagen auf allen bestehenden städtischen Gebäuden • Drohnenshow statt städtischen Feuerwerks in der Flora • Privates Feuerwerk verbieten und dafür in den Stadtteilen professionelle Drohnenshow (wenn nicht möglich, dann organisiertes Feuerwerk) • Auf städtischen Grünflächen und Seitenstreifen verpflichtend Pflanzen zur Förderung der Biodiversität pflanzen CDU: • Smarte Beleuchtung (Antrag CDU) • eMobilität • lokale Wasserstoffstrategie (Antrag CDU) • Förderung von Radwegen • Vermeidung von Abfall durch eine Verpackungssteuer Die Grünen • Klimawandel, wir wollen ihn nicht, aber wir haben ihn • Der menschengemachte Klimawandel ist real und muss eingedämmt werden. Das gilt es anzuerkennen und die politischen Entscheidungen sind so zu treffen, dass die Maßnahmen klimaschützend und zukünftig klimaneutral sind

- Hierzu haben wir bereits im Mai 2022 einen Antrag auf klimaneutrale Alternativen zur Wärmeversorgung mit Gas – und Ölheizungen in Neubaugebieten gestellt.
- Im Juli 2025 wurde ein Grundsatzbeschluss des Rates gefasst keine Gasleitungen mehr in Neubaugebieten zu verlegen.
- Heute geht es vor allem aber auch um Klimaanpassungsmaßnahmen. Hier gilt es in der Verwaltung entsprechend zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen
- Die Themen Flächenentsiegelung, Stadtbegrünung und Schwammstadt müssen ganz oben auf der Liste stehen. Bei Regen sind z.B. die versiegelten Flächen nicht geeignet, um das Niederschlagswasser aufzunehmen. Zur Reduzierung von Starkregenfolgen und zur Sicherung der Wasserverfügbarkeit gilt es künftig das Regenwassermanagement zu stärken (Versickerung, Speicherung, Entsiegelung verbessern, Kanalsysteme entlasten, Hochwasser vermeiden, Grundwasserspiegel erhöhen).
- Um den steigenden Temperaturen in den Innenstädten zu begegnen sind kleine „Klimaoasen“ zu schaffen, weitere Stadtquartiere zu begrünen die zu jeder Jahreszeit zum Verweilen, Einkaufen und Spaziergehen einladen. Schaffung von kühlen Rückzugsorten.
- Hierzu haben wir im Juli 2025 einen Antrag gestellt die Verwaltung zu beauftragen eine Förderskizze aus dem Programm des sog. Klima- und Transformationsfonds „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ mit Schwerpunkt auf die Fußgängerzone Rheda zu erarbeiten, sowie die Entwicklung eines Konzeptes, bzw. von Leitlinien für die Gestaltung von „Klimaoasen in Rheda-Wiedenbrück“.
- Die Beurteilung von Klimaauswirkungen ist bei politisch relevanten Entscheidungen zu evaluieren und zu optimieren.
- Klimaautark werden. Mittelfristiges Ziel: Eigene Stadtwerke (die nicht mehr nur Strom verkaufen, sondern alternativen Strom produzieren). Langfristig: Unabhängigkeit von anderen Stromerzeugern
- Neubaugebiete werden eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert.
- Ausbau der Windkraft
- Kooperation mit lokalen Energieversorgern stärken.
- Mehr Fahrradstraßen

SPD

Wir wollen unsere Stadt klimafreundlich und unabhängig mit Energie versorgen. Dafür setzen wir auf verschiedene Quellen:

Flusswärme: Große Wärmepumpen an der Ems könnten unsere Innenstädte mit Wärme versorgen.

Geothermie: Wir prüfen, ob der Boden in Rheda-Wiedenbrück für tiefe Geothermie geeignet ist – wenn ja, wollen wir dieses Potenzial nutzen.

Wind und Sonne: Wir müssen so viel erneuerbare Energie vor Ort erzeugen, wie wir auch verbrauchen. Der Energiebedarf wird weiter steigen.

Speicher: Große Batterien und Wärmespeicher – wie sie in Dänemark erfolgreich genutzt werden – sollen Strom und Wärme lokal sichern.

Ziel ist eine weitgehend eigene Energieversorgung. Heute gibt Rheda-Wiedenbrück jährlich rund 70 Millionen Euro für Wärme aus. Dieses Geld soll künftig nicht mehr für Gas und Öl ins Ausland fließen, sondern hier in der Region bleiben. Regionale Energiegemeinschaften können Strom und Wärme direkt vor Ort produzieren und nutzen.

Wasser:

Der Klimawandel bringt mehr Starkregen und längere Trockenzeiten. Wir brauchen große Flächen, um Regenwasser zu speichern und langsam versickern zu lassen. So wird das Grundwasser wieder

aufgefüllt. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam in der Region meistern.

FDP

Die Stadt Rheda-Wiedenbrück soll in den nächsten Jahrzehnten Klima, bzw. CO₂-neutral werden und im Stadtgebiet mindestens so viel grünen Strom erzeugen wie wir vor Ort verbrauchen.

Anpassung an den Klimawandel

Grundlegende Position	Auswahl
Das Wetter hat sich immer schon geändert. Klimaanpassungsmaßnahmen sind auf lokaler Ebene nicht notwendig.	
Die aktuell messbare statistische Erhöhung und Stärke von Starkregenereignissen und Hitzewellen sollte in der Stadtplanung eine Rolle spielen. Dies geschieht in Abwägung mit anderen städtischen Belangen	
Der aktuellen klimatischen Änderungen werden in den nächsten Jahren die Wahrscheinlichkeit von Starkregenereignissen und Hitzewellen deutlich erhöhen. Deshalb müssen Klimafolgeanpassungen eine zentrale wichtige Rolle bei der Stadtplanung einnehmen und vorrangig behandelt werden.	  BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN https://www.gruene.de  SPD Soziale Politik für Dich.

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?

Die Linke:

- Schwammstadtkonzepte mit Retentionsflächen
- Schutzsystem für das richtige abfließen von Wassermassen bei Starkregen
- Stadtplanung an die Extremwetterbedingungen und Veränderungen anpassen (Tornados, Starkregen, Hitze)
- Erholungsasen in der Stadt installieren (Trinkbrunnen, Bänke, Sonnensegel, Nebelduschen)
- Sonnensegel mit Moosbegrünung zwischen den Häusern in der Innenstadt spannen

CDU:

- Klimafeste Stadtentwicklung
- Gegen die Nachverdichtung am Jägerweg
- Nutzung der Fläche für Klimaschutz und Naturschutzmaßnahmen
- z.B. Allestr. Entwicklung und Erweiterung der Regenrückhaltebecken

Die Grünen

„Verweis auf die Antworten der vorherigen Frage“

SPD

- Um Rheda-Wiedenbrück zukunftsfähig zu machen, müssen wir den Klimawandel begrenzen und uns den Folgen des Klimawandels stellen: Mehr Hitze, Starkregen etc. erleben wir bereits heute.
- Wir setzen uns ein für einen Hitzeaktionsplan für Rheda-Wiedenbrück, Entsiegelung von Flächen (Schwammstadt), eine Bauleitplanung, die Klimaschutz- und Klimafolgenaspekte mitdenkt. Ältere Menschen und Kinder leiden besonders unter Hitze. Wir fordern mehr Schattenplätze in den Innenstädten.
- Aber auch das gehört zur Klimafolgenbewältigung: Die kritische Infrastruktur, z.B. unsere Stromnetze widerstandsfähig machen und damit Krankenhäuser und Verkehrsachsen sicher machen.

- Die Klimafolgen treffen nicht alle gleich: Ältere, Kranke, Kinder und einkommensschwache Haushalte sind besonders gefährdet.

FDP

Öffentliche und nichtöffentliche Bereiche müssen resilient und grün gestaltet werden. Es sollen Vorkehrungsmaßnahmen für Extremwetterereignisse getroffen werden.

Verkehr und Leben in der Stadt

Grundlegende Position	Auswahl
Es sollte weiterhin sichergestellt werden, dass der Autoverkehr innerhalb der Stadt zügig fließen kann. In Einzelfällen oder an zentralen Plätzen kann durchaus verkehrsberuhigt werden, der individuelle Autoverkehr sollte aber immer berücksichtigt werden.	
Es muss ein Ausgleich zwischen dem motorisierten Verkehr und zusätzlichen Flächen für Fahrradfahrer und Fußgänger erzielt werden. Dort wo Platz ist, können auch Spuren für Fahrradfahrer gebaut werden können.	FDP
Es sollte ein grundsätzliches Umdenken über die Verkehrs- und Flächenplanung erfolgen. Innerstädtische Bereiche sollten weitgehend verkehrsberuhigt werden und Vorrang für Fahrradfahrer, Fußgänger, ÖPNV und öffentliches Leben geschaffen werden, Vorbild wäre hierzu die Konzepte von niederländischen oder skandinavischen Städten.	  

Ohne Einordnung:  **CDU**

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?
Die Linke: • Umsetzung und Erweiterung des Masterplans 2020+ vorantreiben • Das Mobilitätskonzept der Stadt vorantreiben • Erweiterung des Fahrradwegenetzes auf die Außenbezirke • Fahrradwege auf Straßen eindeutiger kennzeichnen (breiter, Rot) z.B. Westring, Ostring, Nordring • Stadtbuss Konzept einführen und erweitern • Kostenloser Nahverkehr • Machbarkeitsstudie für autonome Shuttles auf der TWE-Strecke nach Lippstadt (weitere Machbarkeitsstudien zu ähnlichen Projekten anstoßen) CDU: • Barrierefreie, zukunftsfähige Mobilität • Bürgerradwege, um Dörfer mit der Innenstadt zu verbinden (z.B. Beckumer Str.) • Attraktivität der Innenstädte durch z.B. ISEK, erhöhen. Die Grünen • Die Mobilität, wie wir sie heute kennen, steckt in der Krise. Steigende Verkehrsbelastungen, schlechte Luftqualität, Lärm und Flächenknappheit zeigen deutlich: Wir brauchen eine umfassende Verkehrswende – auch und gerade in unseren Innenstädten. • Das bedeutet: Mobilitätsgerechtigkeit statt Autodominanz. Der öffentliche Raum muss fair und neu verteilt werden – zugunsten derjenigen, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV

unterwegs sind. Schon heute machen Zufußgehen und Radfahren in Städten bis zu 30 Prozent aller Wege aus. Dieser Anteil muss deutlich erhöht werden.

Gefördert werden müssen die umweltfreundlichen Verkehrsarten: Bahn, ÖPNV, Fahrradstraßen und Car-Sharing. Wichtig ist außerdem eine stärkere Vernetzung der Busverbindungen mit den überregionalen Bus- und Bahnstrecken, damit die Wege nahtloser und attraktiver werden.

- Doch Mobilität ist mehr als Verkehr: Die „Stadt der kurzen Wege“ muss Realität werden. Wohnen und arbeiten gehören stärker zusammengeplant. Neue Siedlungen ohne Anbindung an umweltverträgliche Verkehrssysteme dürfen nicht mehr entstehen. Gleichzeitig muss Städtebaupolitik den öffentlichen Raum wieder zum Aufenthalts- und Begegnungsort machen – mit gerechter Aufteilung der Verkehrsflächen. Lange Straße, Wasserstraße, Ringstraße und Bahnhofstraße können zu lebendigen Orten werden, an denen sich Menschen gern aufhalten, nicht nur Autos durchfahren.

- Eine Verkehrswende bedeutet aber auch, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Öffentliche Räume müssen für alle attraktiv sein – junge Menschen, Familien und ältere Menschen brauchen Orte ohne Konsumzwang und ohne hohe Eintrittsbarrieren. Freibäder sind ein gutes Beispiel: Sie bieten nicht nur Sport, sondern auch Begegnung, Freizeitgestaltung und Gemeinschaft für wenig Geld. Solche Orte gilt es auszubauen, um Isolation und Einsamkeit vorzubeugen

SPD

- **Verkehr:** Mobilität ist ein Grundrecht – alle Menschen sollen sicher und unkompliziert von A nach B kommen können.

- **ÖPNV der Zukunft:** Autonome Busse und Shuttles als Teil eines modernen kommunalen Nahverkehrs können viele Privat-PKW ersetzen. Städte wie Herford und der Kreis Paderborn machen es bereits vor – das kann auch Rheda-Wiedenbrück. Wichtig: Wir wollen Alternativen schaffen, nicht Autos verbieten.

- **Sicherheit zuerst:** In Skandinavien zeigt Tempo 30, wie Verkehrstote fast auf null reduziert werden können. Auch wir können davon lernen.

Mehr Platz für Rad und Fuß: Fahrradfahren und Zufußgehen müssen einfacher und sicherer werden. Dazu gehören Zebrastreifen in kurzen Abständen – so wie in der Schweiz oder Frankreich.

- **Radwege jetzt:** Sichere, breite und gut befahrbare Radwege dürfen nicht erst in Jahrzehnten entstehen, sondern müssen sofort angegangen werden.

FDP

- Wir wünschen uns ein gleichberechtigtes Miteinander aller Fortbewegungsarten. Fahrradverkehr soll weiter gefördert werden. In Wohngebieten und Nebenstraßen soll der Verkehr beruhigt und die Geschwindigkeit reduziert werden. Tempo 30 auf den Hauptstraßen lehnen wir hingegen ab.

- Wir setzen uns seit Jahren für ein modernes Stadtbuskonzept mit einer regelmäßigen Verbindung aller Ortsteile ein. Auch unter Einbeziehung eines Busbahnhofs „Auf der Schanze“.

Soziales und Wirtschaft

Grundlegende Position	Auswahl
Die Stadt sollte den Fokus auf weitere Ansiedlungen und das Wachstum von Gewerbebetrieben und den damit verbundenen Steuereinnahmen setzen. Soziale Auswirkungen und Auswirkungen auf das innerstädtische Leben sollten nachgängig behandelt werden.	
Es muss ein Ausgleich zwischen der Ansiedlung/Wachstum von Gewerbebetrieben und den damit verbundenen sozialen Folgen und dem Stadtbild erfolgen. Genehmigungen sollten nur erteilt werden, wenn ein entsprechendes Gesamtbild erstellt wurde und die Auswirkungen vertretbar sind.	
Die Stadt hat eine grundlegende gesamtgesellschaftliche und soziale Verantwortung. Die Ansiedlung und der Ausbau von Gewerbebetrieben ist grundsätzlich erwünscht, die Auswirkungen sollten aber einer intensiven Überprüfung unterzogen werden und im Zweifel auch dagegen entschieden werden können.	  BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN https://www.gruene.de  Soziale Politik für Dich.

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?
Die Linke: • Tariftreue bei Vergaben sicherstellen • mehr unbefristete Verträge • Förderung von Genossenschaften und Gründung städtischer Genossenschaften (Wohnungsbau, Energie, usw.) • Vermarktung regionaler Produkte fördern (lokale Gemeinschaftsläden) • Pilotprojekt 4-Tage-Woche mit RW-Unternehmen • Einführung Grundsteuer C • Strafsteuer auf Leerstand, Nutzung leerstehender Gebäude zur Zwischennutzung • Aufhebung der Schuldenbremse bei Zukunftsinvestitionen • Vereinfachung des Zugangs zu Fördermitteln • Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen • Nachverdichtung in den Ortsteilen (Sozialwohnungen) • konsequenter Ausbau von Sozialwohnungen • Umsetzung inklusiver Wohnkonzepte (Generationen Übergreifend) • Standards für Barrierefreiheit in Schulen und öffentlichen Gebäuden • Beteiligung Betroffener in Planungen • Transparenzberichte zu Barrierefreiheit • Frühwarnsysteme auf Basis von Sozialraumanalysen • Kooperation mit Jobcenter und sozialen Initiativen (z. B. Welcome-Verein) • mobile Hilfstteams (Suppenküche, Suchtprävention) • Förderung mobiler Jugendarbeit • Ausbau nicht-kommerzieller Jugendorte (z.B. Jugendhäuser).

CDU:

- Durch unser Projekt „Kolpingstr.“ Schaffen wir bezahlbaren Wohnraum und Lebensqualität für junge Menschen
- Wir machen unsere Schulen fit für die Bildung von morgen
- Ehrenamt verbindet Menschen, daher fördern wir unsere engagierten Vereine. Daher fördern wir Projekte u.a. von Rot-Weiß St. Vit, FSC Rheda, Sportzentrum Burg.

Die Grünen

- Ein Ausgleich zwischen der Ansiedlung/Wachstum von Gewerbebetrieben und den damit verbundenen sozialen Folgen und dem Stadtbild muss erfolgen. Genehmigungen sollten nur erteilt werden, wenn ein entsprechendes Gesamtbild erstellt wurde und die Auswirkungen vertretbar sind.
- Eine nachhaltige Gesamtkonzeption unter Berücksichtigung klimarelevanter Aspekte und in Anlehnung an die Vorgaben und Standards einer modernen Bauleitplanung zu erstellen (energetisch, energieeffizient, Wärmeschutz, Gebäudedämmung, Nutzung EEnergien,
- Nachhaltiger entsprechender Flächenausgleich
- verkehrliche Maßgaben sind zu berücksichtigen.
- Energiekooperationen zwischen Firmen. Beratung + Begleitung der Unternehmen ist zu fördern.
- Insbesondere sind qualitative, saubere, innovative und vor allem am Gemeinwohl orientiert betriebene Arbeitsplätze zu berücksichtigen
- Start-Up-Branche heranziehen,
- Arbeitsplatzindex – Flächenindex.

SPD

- Die SPD setzt sich für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung ein, die sowohl wirtschaftliche Prosperität als auch den Schutz unserer Umwelt in den Mittelpunkt stellt. In Zeiten des Klimawandels ist es unerlässlich, dass wir eine nachhaltige und verantwortungsvolle Planung unserer Städte vorantreiben.
- Wir glauben fest daran, dass wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz keine Gegensätze sind, sondern Hand in Hand gehen müssen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern verbessert auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen auf innovative Lösungen, die die Ressourcennutzung optimieren und die CO2-Emissionen reduzieren.
- Grüne Freiräume, nachhaltige Verkehrskonzepte und energieeffiziente Gebäude sind Schlüssel zu einer modernen Stadt, die den Bedürfnissen ihrer Bewohner gerecht wird und gleichzeitig die Umwelt schützt. Unser Ziel ist es, ein lebenswertes Umfeld zu schaffen, in dem Wirtschaft, Umwelt und soziale Gerechtigkeit in Einklang stehen.

Daher fordern wir:

- **Nachhaltige Investitionen** in umweltfreundliche Technologien und Infrastruktur, die langfristig Arbeitsplätze sichern.
- **Förderung von Unternehmen**, die sich für ökologische Nachhaltigkeit engagieren und regionale Produkte anbieten.
- **Grün- und Erholungsflächen** auszubauen, um den urbanen Raum lebenswert zu gestalten und das lokale Klima zu verbessern.
- **Stärkung des ÖPNV** und der alternativen Verkehrsträger, um den Individualverkehr zu reduzieren und die Luftqualität zu erhöhen.

FDP

Bei der Ausweisung von größeren Gewerbegebieten und besonderen Ansiedlungen sind soziale Aspekte und Folgemaßnahmen zu berücksichtigen. Auch im Bereich Aurea soll dazu eine politische Beteiligung erfolgen.

Demokratie und Bürgerbeteiligung

Grundlegende Position	Auswahl
In einer repräsentativen Demokratie sind die gewählten Vertreter für die politische Willensbildung verantwortlich und besitzen entsprechende Entscheidungsbefugnisse. Bürgerbeteiligungen, offene Bürgerforen oder andere Beteiligungsforen sind nicht demokratisch legitimiert und sollten entsprechend nicht unterstützt und auch nicht gefördert werden.	
Die politische Entscheidungsbefugnis obliegt den (demokratisch legitimierten) gewählten Vertretern. Darüber hinaus sollte die Stadt offene Bürgerforen und andere politische Teilhabe fördern und somit für einen Dialog mit den Bürgern eintreten.	
Die politische Entscheidungsbefugnis obliegt den (demokratisch legitimierten) gewählten Vertretern. Diese können jedoch im Einzelfall durch ebenfalls demokratisch legitimierte Volksentscheide ergänzt werden. Die Stadt sollte grundsätzlich Bürgerbeteiligungen und andere politische Teilhabe fördern und somit für einen verstärkten Dialog mit den Bürgern eintreten.	

Welche konkreten Maßnahmen/Vorschläge unterstützen Sie?
Die Linke: • Beteiligungsformate für Jugendliche (z. B. Jugendrat RW, Jugendparlamente) • Demokratiewerkshops • Beteiligung bei der Stadtentwicklung • Stärkung der Bürgerentscheide • Transparenz Schaffung der Verwaltung nach außen hin • Bürgerhaushalt mit Onlineplattform und Bürgerräten CDU: • Wir haben die Grundsteine für die Bürgerinitiative „Kein Klotz“ gelegt und bei der Bürgerinitiative „Vielfalt ohne Angst“ maßgeblich am Antrag für den Bürgerentscheid mitgearbeitet. • Den demokratischen Prozess der Bürgerbefragung Südring haben wir initiiert. Auf Grundlage des Ergebnisses haben wir im Stadtrat dafür gesorgt, dass keine weiteren Planungen hinsichtlich des Südrings möglich sind. Die Grünen • Die Bürgerbeteiligung wie sie z.B. bei der Gestaltung der Innenstädte beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) durchgeführt wurde, war ein guter Ansatz und sollte zukünftig bei entsprechenden Maßnahmen weiter berücksichtigt werden • Demokratische Prozesse sind nicht reduziert auf Abstimmungen. Eine Demokratie lebt vielmehr von dem – wertschätzenden - Austausch von Positionen und Meinungen, dem Wechsel der Perspektiven der Beteiligten, also auch der Menschen, die es angeht. Und letztlich geht es darum Kompromisse zu finden, mit denen die meisten Menschen und im besten Fall sogar alle gut leben

können.

- Auf diese Weise können neue Ideen gewonnen, tragfähige Strategien entwickelt, bestehende Planungen optimiert und/oder möglichen Konflikten entgegengewirkt werden. Und vor allem ist aus unserer Sicht ein solches Vorgehen notwendig, um den sozialen Zusammenhalt deutlich zu stärken.
- Das Modell eines Bürgerrats für konkrete Fragestellungen und Entscheidungen gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit nicht nur Anregungen zu geben, sondern auch wirklich mitzuentcheiden.
- Anhand von konkreten örtlichen Belangen wird ausgehandelt, welche Varianten es gibt mit dem Ziel, am Ende eine für die Politik verbindliche Entscheidung zu treffen. Wir befürworten ein Pilotprojekt in Rheda-Wiedenbrück zu einer aktuellen Fragestellung, z.B. Innenstadtbegrünung oder bezahlbarer Wohnraum.
- Wenn es uns gelingen soll, Menschen mitzunehmen, wird es unerlässlich sein, Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituationen für die Mitwirkung in Bürgerräten zu gewinnen, um eine tragfähige Gestaltung der Politik vor Ort zu erreichen. Die Bürgerräte brauchen dazu professionelle Moderation.
- Die bisher genannten Grundgedanken und Maßnahmen gelten für die gesamte Bürgerschaft aller Altersgruppen. Wenn wir gezielt auf junge Menschen schauen, sind uns folgende Maßnahmen besonders wichtig.
- Um mehr Jugendliche für Entscheidungsprozesse für das Leben vor Ort, auf Landes- und auf Bundesebene zu begeistern, setzen wir uns für das Wahlrecht ab 16 ein, für alle Ebenen, auch über die Kommunalebene hinaus.
- Wir würden ein dauerhaftes Jugendparlament begrüßen, können uns als mögliche Variante dazu auch vorstellen, konkrete Anliegen von Kindern und Jugendlichen in solch einem professionell begleiteten Jugend-Bürgerrat diskutieren und abstimmen zu lassen.

SPD

Die SPD setzt sich für eine lebendige und inklusive Demokratie ein, in der die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger gehört werden. Politische Teilhabe ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, und wir glauben, dass der Dialog zwischen Politik und Bevölkerung entscheidend ist, um transparente und gerechte Entscheidungen zu treffen.

Um eine aktive Beteiligung zu ermöglichen, fordern wir die verstärkte Einrichtung und Unterstützung von Bürgerformaten.

Beispiele hierfür sind:

Bürgerräte: Diese bieten eine Plattform, auf der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam an Lösungen für kommunale Herausforderungen arbeiten können. Durch die Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven stärken wir das Vertrauen in politische Entscheidungen.

Jugendparlamente: Die Stimme der jungen Generation ist entscheidend für die Zukunft unserer Gemeinden. Jugendparlamente ermöglichen es jungen Menschen, sich aktiv in politische Prozesse einzubringen und ihre Anliegen zu vertreten.

Bürgerentscheide: Diese ermöglichen es der Bevölkerung, direkt über wichtige Themen und Projekte in ihrer Gemeinde abzustimmen. Damit fördern wir nicht nur die Mitbestimmung, sondern auch das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger.

Beteiligungsverfahren bei der Stadtplanung: Die Bürgerinnen und Bürger sollten in die Planung und Gestaltung ihrer Umgebung einbezogen werden. Workshops und öffentliche Foren bieten die Gelegenheit, Ideen und Bedenken zu äußern.

Online-Plattformen zur politischen Teilhabe: Digitale Tools sind eine hervorragende Möglichkeit,

um schnell und unkompliziert Feedback von der Bevölkerung einzuholen. Umfragen und virtuelle Diskussionsrunden machen Mitbestimmung auch für Menschen zugänglicher, die nicht physisch an Treffen teilnehmen können.

Wir müssen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiter fördern, um eine starke und engagierte Gemeinschaft zu schaffen. Die SPD steht für einen offenen Dialog, der alle Altersgruppen, sozialen Hintergründe und Meinungen einbezieht.

FDP

Die wesentlichen politischen Entscheidungen obliegen den gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Stadtrat. Bei Entscheidungen, die alle Menschen in der Stadt betreffen können Bürgerentscheide in Frage kommen. Grundsätzlich begrüßen wir jede Form von Bürgerbeteiligung an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in unserer Stadt.

Sonstige Kommentare/Rückmeldungen der Parteien:

FDP:

die Beantwortung dieses Fragebogens ist uns nicht leichtgefallen. In den vorformulierten Antworten finden wir unsere Positionen nicht wieder. Wir stehen für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die die Menschen und Ihre Bedürfnisse im Blick hat. Dabei streben wir nach einem Ausgleich aller Interessen, auch unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte. Für uns ist es z.B. ein selbstverständliches Ziel, dass wir in Rheda-Wiedenbrück mindestens so viel Strom selbst erzeugen, wie wir verbrauchen. Pauschale Verbote wie z.B. Schottergärten lehnen wir ab. Wir wünschen uns mündige Bürgerinnen und Bürger, die selbst das richtige tun und wissen was gut für sie und unsere Umwelt ist.

Nachtrag aus der Antwort-Email: Meistens stehen wir von der Position zwischen zwei und drei.

Move:

Sehr geehrter xxxxx

im Grundsatz unterstützen wir die Information der Bürger zu politischen Inhalten der einzelnen Akteure, sofern diese neutral und nicht tendenziös abgefragt werden. U. a. Ihre Vorfestlegung auf 3 Möglichkeiten widerspricht diesem Anspruch allerdings in Gänze und suggeriert eine Einfachheit der Beantwortung der verschiedenen Themen, die diesen überwiegend nicht gerecht wird.

Daher werden wir uns an Ihrer Umfrage in dieser Form nicht beteiligen. Einem konstruktiven Dialog versperren wir uns allerdings in keinsten Form, sofern in einem solchen Meinungen und Ansichten zugelassen werden und nicht die Bestätigung der eigenen Narrative im Vordergrund steht.

Gruß

xxxxx

Stellungnahme der lokalen Agenda:

Wir nehmen solche Antworten sehr ernst. Bei einer Frage können wir die Kritik nachvollziehen und werden sie in Zukunft grundlegend überarbeiten. Ebenfalls die Situation, wenn eine Position zwischen den Wahlmöglichkeiten liegt. Wir nehmen zwar zu Sachthemen politisch Stellung, eine politische Neutralität ist uns als offenes Bürgerforum sehr wichtig. Den Vorwurf einer tendenziösen Fragestellung oder einer Bestätigung der eigenen Narrativen (?) können wir aber nicht nachvollziehen.